



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

49 (31.1.1921) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-195571](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-195571)

Wannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: In Mannheim u. Umgegend monatlich, 2.10 für Rheinlande u. Westfalen, 2.40 für übrige Provinzen, 2.60 für Ausland. Einmalig 20.00. Die Preise für den Abdruck von Anzeigen sind nach dem Platz und der Zeit zu berechnen. Die Anzeigen werden in der Regel am Freitag vor dem Erscheinen der Nummer angenommen. Die Anzeigen werden in der Regel am Freitag vor dem Erscheinen der Nummer angenommen.

Badische Neueste Nachrichten

Einzelnenpreis: 1 Blatt, 10 Pfennig. 10 Blätter, 1.00. 20 Blätter, 2.00. 30 Blätter, 3.00. 40 Blätter, 4.00. 50 Blätter, 5.00. 60 Blätter, 6.00. 70 Blätter, 7.00. 80 Blätter, 8.00. 90 Blätter, 9.00. 100 Blätter, 10.00.

Von Paris nach London.

Die neue Bedrohung der Ruhe Europas.

Die Pariser Konferenz ist abgeschlossen, in London wird in vier Wochen weiter getagt, weiter verhandelt werden, und zwar mit den „qualifizierten Vertretern der deutschen Regierung“. Es heißt allerdings heute, daß die Beschlüsse der Pariser Konferenz unabänderlich seien und daß die deutschen Vertreter nur Bemerkungen über Ausführungs Einzelheiten zu machen haben würden. Für solche Zwecke braucht man keine neue Konferenz einzuberufen. Sollte weiter nichts beabsichtigt sein, so würde die Reichsregierung im Sinne des deutschen Volkes handeln, wenn sie auf Teilnahme verzichtete. Das kann auch schriftlich abgemacht werden. Aber wir glauben vorläufig nicht, daß die Londoner Konferenz nur zu so zweckloser Übung einberufen werden wird. Wir erinnern daran, daß am Samstag mitgeteilt wurde, vor der Londoner Besprechung werde die Sachverständigenkonferenz über die Ausführungsmöglichkeit der Pariser Beschlüsse verhandeln. Paris ist nicht das letzte Wort...

Betrachtet man die Beschlüsse an sich, so müßte man zu der Vermutung kommen, daß eine Gesellschaft von Narren und Verrückten 8 Tage in Paris zusammengehockt hat mit der Absicht, ganz Europa in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Wahnsinnige mit einem bösartigen und tödlichen Zerstörungstrieb, bolschewistische Deliranten, die nicht wissen, was sie tun. Aber ganz so einfach und ganz so furchtbar liegen die Dinge denn doch wohl nicht.

Wir müssen immer wieder den Blick auf die innerpolitische Situation in Frankreich und auf die außenpolitische Konstellation werfen, wenn wir den Sinn dieser sinnlosen Beschlüsse verstehen wollen.

Was würde geschehen, wenn England den Franzosen in die Arme gefallen und die exzessiven Beschlüsse verhindert hätte? Es ist nicht unwahrscheinlich, daß an Stelle eines Kabinetts Briand ein Kabinet Poincaré getreten wäre. Und dieses hätte sicher Dummheiten gemacht, große europäische Dummheiten, die entsetzliche Zustände im Gefolge haben würden. Nach Londoner Meldungen hat man ja in Paris vor der „Einigung“ außerhalb der Konferenz die Möglichkeit erörtert, daß Frankreich mit oder ohne Billigung der Alliierten eine drastische Aktion ergreifen werde, es wurde besonders auf das Ruhrgebiet hingewiesen. Die englische Taktik geht wohl dahin, solche drastische Aktionen zu verhindern, zu verhindern, daß in Frankreich ein rein nationalistisches Kabinet auf eigene Faust vorgeht und in seiner Tollheit eine entsetzliche Katastrophe über die Mitte Europas heraufbeschwört. Das ist verhütet worden und ist das einzig erfreuliche Ergebnis dieser unerfreulichen Konferenz. Indem England die französischen Forderungen durchgehen ließ, hat es sich seinen Einfluß und seine mächtige Einwirkung auf den Gang der französischen Politik bemerkt. Hätte England sich weniger willfährig gezeigt, so würde Briand, wenn er mit leeren Händen vor die Kammer trat, wahrscheinlich vom Unwillen des nationalen Blocks hinweggesetzt worden sein und Poincaré hätte die Kammer Maßnahmen beschließen lassen, die England militärisch kaum in der Lage gewesen wäre, zu verhüten.

Freilich — der phantastische Unsinn, der aufsteigende, Haß und Feindschaft aufs neue ausschüßende Wahnsinn der Pariser Beschlüsse bleibt bestehen, auch wenn wir uns begreiflich zu machen suchen, wie sie entstehen, wie England sie zustande kommen lassen konnte. Sie zeigen, daß die französische Politik fortfährt, eine ständige Bedrohung der Wiederkehr der Ordnung und des Friedens in Europa zu sein, daß die übrigen Alliierten ihr gegenüber kaum noch in der Lage sind, etwas anderes zu unternehmen, als das Schlimmste zu verhüten durch Zugeständnisse an die furchtlichen Ausschreitungen der französischen Machtbestrebungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Die französische Presse gesteht ja ganz offen zu, daß die Exportsteuer keinen anderen Zweck verfolgt, als die deutsche Industrie niederzuhalten, damit die französische hochkomme. Aber gleichzeitig soll Deutschland, unerhörte Zahlungen leisten, während man einen wichtigen Zweig seiner Volkswirtschaft erlöten will!

Mit Recht betonen auch schon italienische Blätter, daß die Pariser Beschlüsse einen entschiedenen Rückschritt in der Befriedung Europas bedeuten. Das ist zweifelsohne richtig. Diese harthärtige und halsstarrige Politik der Franzosen, an deren Verwirklichungswillen heute wohl der pazifistischste Pazifist nicht mehr zweifelt, die phantastische Milliarden aus Deutschland herauspressen will und schon damit droht, daß die Besetzung ebenfalls 42 Jahre dauern werde, läßt Europa nicht zur Ruhe kommen und nicht genesen.

Wir werden nun sehen, ob die Londoner Konferenz die Beschlüsse der Pariser Konferenz bestätigen, ob die Alliierten ihre Durchführung zu erzwingen suchen werden. Aber es ist schon heute eine Stimme in ganz Deutschland, die Beschlüsse, so wie sie dastehen, werden beschriebenes und

bedrucktes Papier bleiben, trotz aller sanften Zuredens und aller mehr oder weniger freundlichen Drohungen und Hinweise auf den Ernst der Lage. Deutschland kann die Lasten nicht tragen und Deutschland verspürt keine Lust, sich zum Opfer für Frankreichs hemmungslose Machtgier zu bringen. Wir müssen die Zeit bis zur Londoner Konferenz gut nützen. Wir hoffen vor allem, daß der Reichstag sich in diesen ersten Tagen auf sich selbst besinnen, und Schluß machen wird mit dem schandbar erbärmlichen Treiben, das wir gerade in der Woche der Pariser Konferenz erlebt haben und das sicher höchst aufmunternd auf die französischen Machthaber gewirkt hat. Wir erwarten, daß die Regierung mit allem Ernst und allem Nachdruck die Zahlung dieser Forderung verweigern wird. Freilich bedarf sie, um so aufzutreten zu können, eines hinter ihr stehenden geschlossenen und entschlossenen Volkes. Wird nicht endlich die Lebensbedrohung der Pariser Beschlüsse das deutsche Volk zu einem Granitblock zusammenfügen, auf den die Franzosen vergebens beißen werden?

Die Beschlüsse.

Paris, 30. Jan. (Havas.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas sagt, daß im Laufe des gestrigen Abends Deutschland folgende Beschlüsse mitgeteilt wurden:

Hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands wurde der Bericht des Marschalls Hoch etwas abgeändert. Deutschland muß darnach seine Gefechtsgebungen der Ausrüstungen des Friedensvertrages anpassen, die überzähligen Offiziere vor dem 23. Februar entlassen, die Bürgerwehr vor dem 30. Juni auflösen, die Referatschiffe vor dem 31. Juli

sen werden würde, wenn Deutschland neuerdings gegen seine Verpflichtung verstößt. Sie befähige deshalb ausdrücklich, alle ihr früheren Entschlüsse. Das Begleitschreiben weist sodann darauf hin, daß gehörig bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung zu einer Konferenz mit den alliierten Vertretern nach London für Ende Februar eingeladen werden.

deutsches Abänderungsrecht.

Paris, 30. Jan. (WB.) Nach der „Liberte“ hätten die Vertreter des Deutschen Reiches, die zur Londoner Konferenz kämen, nicht das Recht, Abänderungen an dem gestrigen Abkommen zu verlangen. Die Alliierten würden nichts an ihren Beschlüssen ändern. Den deutschen Vertretern würde nur das Recht zuerkannt werden, Bemerkungen über Ausführungs Einzelheiten vorzubringen.

Die Steuer zur Niederhaltung der deutschen Industrie.

Paris, 30. Jan. (WB.) „Liberte“ meint, durch die Exportsteuer sei der französischen Industrie die Möglichkeit wiedergegeben, sich zu entwickeln, sonst hätte sich vielleicht das Gedeihen Deutschlands weiter entwickeln und die französische Industrie mit dem Ruin bedrohen können. Nun seien die Dinge wieder zur normalen Lage zurückgeführt worden.

Die Dauer der Besetzung.

c. Basel, 31. Jan. (Priv. Tel.) Der „Matin“ meldet: Der französische Vorschlag hinsichtlich der Forderung nach Entschädigung enthält die Klausel, daß eine restlose Zurückziehung der französischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland erst zu erfolgen hat, wenn die letzten Raten von Deutschland erstattet worden sind. Damit wäre also mit einer 42jährigen französischen Besetzung zu rechnen.

Deutsche Abwehr.

Phantastisch und unsinnig.

Berlin, 31. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Fischer, der vor einigen Tagen nach Paris abreiste, um mit Staatssekretär Bergmann einige Spezialfinanzfragen zu besprechen, trifft am Montag wieder in Berlin ein. Die von der „Voss. Ztg.“ mit seltener Hartnäckigkeit an diese Reise geknüpfte Behauptung, daß wegen des angeblichen Verfalls der telegraphischen und telephonischen Verbindung zwischen Berlin und Paris die Regierung sich in den letzten Tagen über die Vorgänge in Paris nicht auf dem Laufenden hätte halten können, trifft nicht zu. Die Regierung ist vielmehr fortlaufend über den Gang der Verhandlungen unterrichtet worden.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“, der wir diese Feststellungen entnehmen, knüpft daran in Fettdruck folgende Anmerkung: „Wenn die Alliierten glauben, ohne Anhören von deutschen Sachverständigen, also insbesondere ohne Zuziehung des Staatssekretärs Bergmann sich ein Urteil über die Leistungsfähigkeit Deutschlands bilden zu können, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Konferenz zu Ergebnissen kommt, die von jedem Kenner der Lage Deutschlands als phantastisch und unsinnig bezeichnet werden.“

Italiens Opposition.

Scharfe italienische Angriffe auf die unkluge und unausführbare Politik der Franzosen.

Rom, 28. Jan. Der Berichterstatter des Messaggero über die Pariser Konferenz drückt als italienische Auffassung aus, Briand habe sich bei der 200 Milliardenforderung durch Rücksichten auf die Kommerzienwelt und überhaupt auf die Innenpolitik leiten lassen. Die Rom-Presse greift heute die französische Politik gegen Deutschland als unklug und undurchführbar an. Der Popolo Romano schreibt, Italien müsse, um Frankreich im europäischen Interesse milder zu stimmen, stets die englische Politik unterstützen. So komme es, daß Frankreich in seiner Blindheit nur die Herrschaft Englands in drei Weltteilen stütze, den deutschen Militarismus moralisch rechtfertige und so einen neuen europäischen Krieg vorbereite. Auch der bekannte Vortragskünstler Rostignac schreibt in der Tribune, die französische Forderung sei ganz falsch begründet gewesen, indem sie auf längst geschwundener deutscher Wirtschaft und der politischen Macht vor dem Kriege, also auf ganz anderen Voraussetzungen basiere.

Berlin, 31. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Lugano wird gemeldet: Der frühere Ministerpräsident Ritti schreibt im „Secolo“: „Der Versailler Friede ist von Haß diktiert und seine genaue Durchführung führt zu neuen Kriegen. Das amerikanische Volk hat sich von ihm zurückgezogen, weil es keine Verantwortung für ihn übernehmen will. Der Gedanke, für die Kriegsschuldigen teilweise die noch ungeborene Generation haftbar zu machen, ist einzig in der modernen Geschichte. Ist es denkbar, daß das deutsche Volk, eines der gebildetsten und fortgeschrittensten der Erde, sich geduldig in die Sklaverei begeben wird? Kann es unmögliche Verpflichtungen übernehmen, deren Nichterfüllung schimpfliche militärische Aktionen nach sich zieht? Ritti sieht den Ruin ganz Europas voraus. Rußlands Wiedergeburt ist ohne die Mitarbeit Deutschlands ausgeschlossen und der Islam wird sich nicht beruhigen, solange das deutsche Volk nicht im Frieden leben kann. Um Deutschland zum Zahlen zu zwingen, müssen die Staaten die militärischen Rüstungen beibehalten. Das bedeutet ihren Ruin noch früher als den Deutschlands. Damit Europa wieder aufleben kann, ist es notwendig, daß die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme eine erträgliche Höhe nicht übersteige, derart, daß sie ohne Gewaltmaßnahmen von der jetzigen Generation in wenigen Jahren gezahlt werden kann.“

Ein französischer Epilog.

Paris, 30. Jan. (WB.) Der Temps sagt in seinem heutigen Leitartikel unter besonderem Hinweis darauf, daß die

Oberschlesier!

Das Vaterland fragt Dich:

Haft Du Deinen
Stimmanttrag eingereicht?

Wenn nicht, wende Dich sofort an die
nächste Ortsgruppe der

Vereinigten Verbände
heimatsstreuer Oberschlesier.

entwaffnen, die im Bau befindlichen Kriegsschiffe sowie alle Unterseeboote vor dem 31. Juli zerstören, die im Jahre 1919 zerstörten Zeppeline ersetzen, darauf verzichten, eine Luftpolizei zu bilden und die alliierten Definitionen annehmen, die die Zivilen von den Militärflugzeugen unterscheiden.

Das Abkommen der Alliierten betreffend die Reparation werde der Reparationskommission mitgeteilt werden, welche den deutschen Export überwachen wird. Deutschland wird den Alliierten entsprechend dem ihnen zufallenden Anteil Gutscheine für die Jahresraten geben.

Die vorgesehenen Maßregeln bestehen vor allem in der Besetzung neuer Gebiete, Verlängerung der Besetzung der Rheinlande und Ausschließung Deutschlands vom Völkerbunde.

Die Prämie von 2 Goldmark für die Tonnen guter Kohlen wird aufrechterhalten.

Die Mitteilung an die deutsche Regierung.

Paris, 31. Jan. Die deutsche Friedensdelegation in Paris ließ der deutschen Regierung den Wortlaut der Mitteilung zugehen, der ihr am Samstag Abend vom Vorsitzenden der alliierten Konferenz in Paris, Briand, gemacht worden war, um sie von den Entschlüssen der Konferenz in der Entwaffnungsfrage in Kenntnis zu setzen. Das Begleitschreiben erinnert daran, daß die Alliierten dadurch, daß sie zu wiederholten Malen in eine Verlängerung der Fristen für die Entwaffnung eingewilligt hätten, trotzdem bei der deutschen Regierung bei der Ausführung der aus dem Friedensvertrag obliegenden Verpflichtungen auf Widerstand gestoßen sei. Die Alliierten geben der ersten Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung sie nicht in die Notwendigkeit versetzen wird, von neuem die ernste Lage ins Auge fassen zu müssen, die dadurch geschaf-

Alliierten Regierungen von der deutschen Regierung gewisse Verwaltungs- und gesetzgeberische Handlungen verlangt werden. Das Abkommen könne nur dann funktionieren, wenn die deutschen Minister, Abgeordneten und Beamten sich bemühen würden, sich ihm anzupassen. Das Blatt wünscht, daß die Alliierten es niemals nötig haben werden, zu Zwangsmassnahmen zu greifen. Die Alliierten, von dem Wunsche befeuert, zu einem beiderseitigen annehmbaren Arrangement zu kommen, hätten es sich versagt, die von den militärischen Sachverständigen empfohlenen Zwangsmassnahmen, offiziell in Berlin zu notifizieren. Das Blatt sagt weiter, wenn man nach den Pressetelegrammen urteile, hätte sich eine heftige Protestbewegung als erste Reaktion in Deutschland gezeigt. Diese Entrüstung scheint dem Blatt absolut ungerechtfertigt, soweit sie sich gegen die Alliierten und im besonderen gegen Frankreich richtet. Seit 6 Wochen hätte die deutsche Regierung die erhaltene Gelegenheit gehabt, um ihren guten Willen und ihr Entgegenkommen zu beweisen. Wie habe sie indes in der Frage der Einwohnernormen gehandelt? Wie habe sie den Vorschlag der 5 Jahreszahlungen aufgenommen? Das Blatt erklärt, wir wissen nicht, welcher Geheimrat in der Wilhelmstraße auf den inoffiziellen Gedanken gekommen ist, die Anerkennung Oberschlesiens an Deutschland als Kompensation für die Hinabschiebung der Festsetzung ihrer endgültigen Forderung von den Alliierten zu verlangen. Durch sein Vorgehen habe Deutschland die Franzosen gezwungen, sich mit England zu einigen, um ihm sofort 42 Jahreszahlungen anstatt 5 aufzuzwingen. Wenn die deutsche Regierung weise wäre, würde sie begreifen, daß die Diskussion schon zu lange gedauert hat. Wenn man jetzt noch widerstehe und feilsche, dann wolle man den Ruin von Europa.

Lord Georges angebliche Befriedigung.

Paris, 30. Jan. (Havas.) Nach Schluß der Konferenz erklärte gestern Lord George französische Journalisten, sein Eindruck von der Konferenz sei ausgezeichnet. Er habe selten eine Konferenz gesehen, die man mit solch allgemeiner Befriedigung verlassen habe, und das sei sehr gut so, denn wenn man nicht zu einer vollständigen Verständigung gelangt wäre, wäre das ein wirkliches Unglück gewesen und nur die Deutschen hätten sich darüber freuen können. Die Deutschen würden allerdings nicht so recht mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden sein, fürchte er. Irgendwelche Schwierigkeiten für die Erhebung der Kontrolle der Ausfuhr würde er keineswegs. Es stünde den Alliierten mehr als ein Mittel zur Verfügung, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, falls sie auftauchen sollten, vor allem die Zollkontrolle, die sie einrichten würden. Diese Kontrolle werde allerdings durch einen deutschen Beamten ausgeübt werden. Aber die Ernennung dieses Beamten werde nur unter Zustimmung der Reparationskommission erfolgen können, die jeden Augenblick seine Abberufung fordern könne. Wenn die Deutschen trotz dieser Kontrolle ihre Ausfuhr irgendwie zu verheimlichen suchen würden, so brauche man sich nur an die Verbündeten oder sogar an die neutralen Regierungen zu wenden, die ja größtenteils schon Statistiken über ihre Einfuhr veröffentlichten. Man würde dann diese Statistiken nur mit den deutschen Ziffern zu vergleichen haben.

Ueber die militärischen und nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen erklärte Lord George, man müsse sich wohl davor hüten, die Kontrolle der deutschen Zölle, die keinerlei Zwangsmassnahme sei, mit der Einrichtung eines direkten Zollregimes durch die Alliierten zu verwechseln, was natürlich eine Zwangsmassnahme wäre. Man habe es vermieden, den Ausdruck „Beschlagnahme“, zu gebrauchen, wie man ganz allgemein überhaupt zu vermeiden gesucht habe, was die deutsche Empfindlichkeit verletzen könnte. Es sei den Alliierten nicht daran gelegen, Deutschland zu erniedrigen, sondern nur darum, in den Besitz ihrer Forderungen zu gelangen. Die rein moralische Zwangsmassnahme der Nichtausfuhr Deutschlands in den Völkerbund, die auf Vorschlag Lord Georges zur Annahme gelangte, könnte ohne weiteres dadurch verwirklicht werden, daß die Alliierten sich der Aufnahme widersehten, falls dieses sich weigern soll, die jedoch unterzeichnete Lösung anzunehmen. Lord George wies noch besonders daraufhin, in welchem Geiste die vorgesehenen Zwangsmassnahmen zur Anwendung kommen sollten. Die Alliierten seien sich vollkommen darüber einig, daß man sie nicht leichtfertig zur Anwendung bringen dürfe. Man werde mit anderen Worten Deutschland nicht gleich wegen jedes leichten Verstosses mit der Anwendung dieser Massnahmen drohen. Aber diese Massnahmen würden in ihrer Gesamtheit rückhaltlos zur Anwendung gelangen, wenn die Alliierten es für nötig hielten.

Die Reparationskommission werde ihre Arbeiten fortzuführen, weil Frankreich wünsche, daß die gesamte Summe der Forderungen aller Alliierten Deutschland gegenüber gemäß dem Vertrage festgesetzt werde und weil man immerhin die Möglichkeit voraussetzen müsse, daß Deutschland das jetzt getroffene Abkommen nicht annehme. In diesem Falle würde nichts anderes übrig bleiben, als die Bestimmungen des Paktes restlos und buchstäblich zur Anwendung zu bringen.

Die Frage der interalliierten Schulden würde Großbritannien mit dem allerbesten Willen regeln und mit dem größten Entgegenkommen. In Hinführung habe ja England bereits versprochen, fünf Jahre lang seinen Anteil an der deutschen Entschädigungssumme nicht zu kapitalisieren, nur um einer ewigen französischen Anleihe nichts in den Weg zu legen, falls Frankreich versuchen sollte, auf diesem Wege seine Forderungen gegen Deutschland stillig zu machen. Das sei zwar nur wenig und England würde gerne mehr tun, aber es sei ganz unmöglich, sich mit einem Sonderabkommen nur zweier Länder über die Schulden zu befassen. Dafür bedürfe es einer ganz allgemeinen Lösung. Wir schulden den Amerikanern Geld. Frankreich ist unser Schuldner und andere Nationen wiederum sind Frankreich Schuldig. Es ist da keine Lösung möglich, solange Amerika sich von den Besprechungen fernhält. Tun wir inzwischen so, als ob wir keinerlei Schulden bräuten. Das wird uns ermüdlichen, noch zu warten. Wenn mein Gläubiger mich nicht drängt, so werde ich meinerseits auch meine Schuldner nicht drängen.

Deutschlands wirtschaftliche Verfallung.

□ Berlin, 31. Januar. (Von unserer Berliner Büro.) Die Deutsche Volkspartei begann gestern in Berlin ihre Agitation für die preussischen Wahlen mit einer großen Versammlung im Zirkus Busch, in der auch Dr. Stresemann sprach. Er führte aus:

Wenn die Nachrichten aus Paris wahr sind, so läuten sie die wirtschaftliche Verfallung unseres Volkes ein. Nach einer Schilderung der phantastischen Forderungen unserer Feinde und einem Rückblick auf den Zusammenbruch des nationalen Willens, beschloß sich der Redner mit dem Vorschlag der Verträge, der auf der künstlich konstruierten Schuld Deutschlands am Weltkrieg baue, obschon Lord

George selber eingestanden hätte, daß kein verantwortlicher Staatsmann diesen Krieg gewollt hätte. Deutschland fehle eine Offensive gegen den Versailles Vertrag. Soweit noch Mittel im Lande aufzutreiben seien, sollten sie für die Weltpropaganda gegen diesen Friedensvertrag eingesetzt werden. — Später legte die akademische Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei einen Kranz am Denkmal Friedrichs des Großen unter den Linden nieder.

Polnische Wirtschaft.

11.

Die Gerichtsbehörden haben viel zu tun durch Wucherer und Schieber. Vielfach gibt es noch deutsche Kreisrichter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, wie es in rein deutschen Gemeinden deutsche Bürgermeister gibt. Nur eines gibt es nicht und das sind deutsche Lehrer. Angst und angebliche Existenzsorgen haben sie veranlaßt, den polnischen Dienst zu verweigern, sobald sie die preussische Regierung, die auf ein Verbleiben im Lande hingewiesen hatte, nun übernehmen mußte. So sind jetzt mit wenigen Ausnahmen 4 Millionen Deutsche ohne Lehrer. Leute mit einigermaßen guter Allgemeinbildung fungieren als Lehrer. Bis zum Sommer kommt jedoch frischer Nachwuchs aus den beiden deutschen polnischen Staatsseminaren in Bromberg und Graudenz ins Land. In den deutschen Volksschulen ist die polnische Sprache Pflichtfach, aber nicht umgekehrt, zum größten Leidwesen der Polen. Es wird jetzt derselbe Fehler wie früher von den Deutschen gemacht. Die Lehrer werden genau wie vorher von den Schulgemeinden unterhalten und stehen sich verhältnismäßig gut. 35 000 K Gehalt, 2 Morgen Acker, freie Wohnung und Licht, eventl. Geldentschädigung dafür.

Wie schon erwähnt, gebelst auch dort Bucher und Schieber, daß aber gleich bei einer Batterie ein ganzes Pferd (30 000 Mark) verschoben wird, kann nur dort vorkommen, ebenso steht der Schmuggel, dem Polen und Deutsche gemeinsam obliegen, in hoher Blüte. Gleichzeitig sei bemerkt, daß auf deutscher Seite an der Grenze pro Kilometer 6 Sicherheitsposten sind, auf polnischer fast das 10fache an Militär. Das 10fache spielt überhaupt eine gewisse Rolle im Wirtschaftsleben. Deutsche Werte werden zum Währungsabgewinn, es ist durchschnittlich alles 10 mal teurer als bei uns, bei weiterem Sinken der polnischen Mark kann man bald vom 15fachen reden, die Löhne und Gehälter sind 3—4 mal so hoch wie bei uns. Die Lebensmittel wandern alle nach Kongresspolen und so muß man es erleben, daß man in der ehemaligen Kornkammer Deutschlands, der Provinz Posen für ein Ei den 200fachen Friedensbetrag zahlen muß. Nicht unerwähnt darf die Bestandslosigkeit bleiben, mit der man in Süddeutschland von Polen sprach, schon bei bloßer Namensnennung hatte man nur ein mühseliges Lächeln übrig für die Provinz, die 25 Prozent der gesamten deutschen Getreideproduktion und 20 Prozent der Kartoffelproduktion lieferte. Wir haben es ja alle 1919 am eigenen Leib erfahren müssen. Einige Preise sollen die Not, die über den ganzen Krieg nie so groß gewesen ist, kennzeichnen:

1 St. Kartoffelstreu	250 Mk.	1 Schachtel Streichholz	3.50 Mk.
1 „ „ „	10 „	1 „ „ „	8 „
1 „ „ „	4 „	1 „ „ „	4 „
1 „ „ „	60 „	1 „ „ „	100 „
1 „ „ „	75 „	1 „ „ „	4000 „
1 „ „ „	90 „	1 „ „ „	1000 „
1 „ „ „	2.50 Mk.	1 „ „ „	25 „
1 „ „ „	60 „	1 „ „ „	10000 „
1 „ „ „	80 „	1 „ „ „	1000 „
1 „ „ „	6 „	1 „ „ „	4 „
1 „ „ „	10000 „	1 „ „ „	2 „
1 „ „ „	350 „	1 „ „ „	10 „
1 „ „ „	80—120 „	1 „ „ „	1.50 Mk.

Bemerkt sei noch, daß diese Preise aus dem Jahre sind, für die Stadt Posen kann man sie ruhig verdoppeln, für Warschau verdreifachen. Diese Preise steigen von Woche zu Woche. Verhältnismäßig billig ist Petroleum mit 22 Mk. p. q. und die Kartoffeln mit 50 Mk. pro Ztr. Es ist erklärlich, daß durch diese Preise die Separationsbestrebungen nur gefördert werden und wird darüber schon öffentlich diskutiert. Die Oberösterreich. Polen sollen sich auch nur unter der Bedingung für Polen erklärt haben, daß sich Posen von Warschau und Galizien löst und dann in wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland tritt. Infolgedessen müssen verschiedene Beamte aus Galizien wieder heimwärts ziehen, wie überhaupt das Verhältnis der Polen zu den Galiziern und Kongresspolen außerordentlich ist. In Posen wollte man gegen die Separation mit Militär vorgehen, das Militär machte aber nicht mit, da versuchte man es mit dem aus der Provinz, weitere Beobachtungen konnte ich wegen der Breite nicht machen. Da die Abstimmung in Oberschlesien ohne Zweifel zu unseren Gunsten ausfällt, wird Polen einmarschieren, in Bereitschaft steht eine ganze Armee Kongresspolen. Truppen, die ehem. preussischen Truppen, gelten nicht als zuverlässig, werden auch gar nicht gegen Deutschland kämpfen. Jedenfalls rückt die Lage in Posen einer Katastrophe näher, es ist dringend zu wünschen, daß unsere Regierung ein scharfes Augenmerk darauf hat und wieder gut macht, was die Vorgängerin verschuldet hatte. Mögen wir recht bald mehr von dort hören und möge es zu Deutschlands Gunsten sein.

Deutsches Reich.

Berücksichtigung des Handwerks bei Aufträgen für das besetzte Gebiet.

□ München, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Auf eine seinerzeitige Anfrage des Abg. Schröder mit Unterstützung der deutschdemokratischen Landtagsfraktion betr. Berücksichtigung des handwerklichen Handwerks bei der Vergabe von Aufträgen für das besetzte Gebiet, ist von der bayerischen Regierung nachstehende Antwort eingelaufen:

Die Staatsregierung erstreckt schon seit längerem, wie bei den Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, so auch bei den Aufträgen für das besetzte Gebiet eine geregelte wirtschaftliche Beteiligung Bayerns. Bei den ersten unter dem Druck der feindlichen Belagerung überstürzten Lieferungen ist eine geordnete Verteilung der Aufträge unmöglich gewesen. In Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Polz mußte zunächst darauf Einfluß genommen werden, daß die für die Polz bestimmten Lieferungen möglichst polnischen Unternehmern überlassen werden. Nach vorliegenden Unterlagen hat beispielsweise das Reichswirtschaftsamt in Landau vom 1. Januar bis etwa Dezember 1920 insgesamt für 31 Millionen Mark an Aufträgen vergeben. Davon an polnische Unternehmer für rund 20 Millionen Mark. Von diesen 20 Millionen Mark entfielen 17 Millionen Mark auf Bauten und über 2.5 Millionen Mark auf Metalllieferungen. Bei den Offizierswohnungsbauten in Neustadt a. S. sind die Zimmer-, Schieber- und Eisenarbeiten an Neustädter Unternehmer vergeben worden. Das Angebot für Maurerarbeiten hatte keinen Erfolg, da es von einer Firma um 35 Prozent unterboten

wurde. Für die Folge stehen noch große Aufwendungen des Reichs bevor für Wohnungsbauten, Beschaffung von Möbeln, Wäsche und sonstigen Hausgeräten. Das Reichsfinanzministerium erkennt die Notwendigkeit geregelten wirtschaftlichen Ausgleichs an, zumal die gesamten Kosten von den deutschen Steuerzahlern erbracht werden müssen. Ein Vertreter des Handelsministeriums hat vor kurzem persönlich mit der Reichsfinanzverwaltung in Koblenz verhandelt. Auch mit dem Reichsfinanzministerium wird neuerdings ins Benehmen getreten werden.

Die Finanzierung der russischen Kommunisten.

□ Berlin, 31. Jan. (Von uns. Berl. Büro.) Auf die Anfrage des Kommunisten Büros wegen der Finanzierung der russischen Kommunisten durch die deutsche Militärbehörde hat Minister Dr. Simons folgende Antwort erteilt: „Die Ästen des Auswärtigen Amtes ergeben keinen Anhaltspunkt dafür, daß die russischen Politiker Lenin und Trotzky aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden wären, oder daß das Auswärtige Amt einer solchen Unterstützung dieser Politik durch deutsche Militärbehörden zugestimmt hätte.“ Eine etwas lakonische Antwort, aber zwischen den Zeilen ist alles zu lesen, was man zu wissen wünscht.

Der Reichstrauertag.

□ München, 31. Jan. (Pr.-Tel.) Der erste Vorsitzende des Landesverbandes Bayern des Volksbundes für Kriegesgräberfürsorge erhielt aus Berlin die telegraphische Mitteilung, daß der Reichstrauertag des Reichstags den Vorschlag Bayerns, den Reichstrauertag am 6. März abzuhalten, angenommen hat. Die Annahme im Plenum ist ebenfalls gesichert.

Deutscher Reichstag.

Wohnungssteuer zur Förderung von Neubauten.

Der Reichstags-Ausschuß für das Wohnungswesen beschloß am Samstag mit dem Vorschlag über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Entwurf sieht eine außerordentlich hohe Wertschätzung in der Form vor, daß 3 Prozent des Marktwertes derjenigen Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt worden sind, von den Wohnungsberechtigten in dem Zeitraum von 1921 bis 1941 durch die verschiedenen Länder erhoben werden. Die Erträge dieser Abgabe sollen für Wohnungsbauvermögen verwendet werden. Demgegenüber hat der Reichstag einen Gegenentwurf ausgearbeitet. Namentlich der bayerische Vertreter im Reichsrat hat sich sehr entschieden gegen den Regierungsentwurf ausgesprochen. Da, wie man sieht, scharfe Differenzen zwischen Reich und Ländern in diesem Punkte vorliegen, will der Ausschuss zunächst den Finanzminister zu der Angelegenheit hören.

Die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Der Steuerauschuß des Reichstags ist sich immer noch nicht über die Frage der Veranlagung zur Einkommensteuer einig geworden. Nachdem sich ein Unterausschuß mit dieser Frage befaßt hat, wurde am Samstag im Ausschuss von demokratischer Seite der Antrag gestellt, die Bestimmungen der Regierungsvorlage vorläufig für 3 Jahre anzuerkennen. Demgegenüber forderte ein Antrag Dr. Becker-Dr. Japf als Grundbedingung für die Steuerreform das Ende des vorangegangenen Jahres. Der Reichsfinanzminister sprach sich für den demokratischen Antrag aus. Schließlich wurde wieder ein Unterausschuß ernannt, in dem diese Fragen — hoffentlich nun endgültig — geklärt werden sollen.

Die diplomatische Vertretung des Reichs und der Länder.

Im Hauptausschuß kam bei der Fortsetzung der Beratungen die gegenwärtige diplomatische Vertretung der Länder innerhalb des Reichsgebietes zur Sprache. Dabei wies Staatssekretär Albert darauf hin, daß die Länder sich der Reichsregierung gegenüber verpflichtet hätten, von der Einrichtuna besonderer Gesandtschaften abzusehen. Die Demokraten und die Vertreter des Zentrums sprachen sich aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen wohnschaftliche Gesandtschaften aus. Eine besondere Rolle spielen dabei die Vertretungen in München. In der Beurteilung der Errichtung einer französischen Vertretung in München war man sich ziemlich einig. Man erkannte an, daß hier besonders Verhältnisse vorliegen. Ueber die Einsetzung einer Reichsgesandtschaft in München waren die Ansichten geteilt. Schließlich stimmte aber auch der demokratische Abgeordnete Baumbach einer solchen Vertretung unter der Voraussetzung zu, daß dadurch kein Präzedenzfall für andere Länder geschaffen werde.

Letzte Meldungen.

Zur Ablieferung von Benzol.

MTB. Berlin, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Aufgrund des Friedensvertrages ist Deutschland verpflichtet, 35000 Tonnen Benzol jährlich für drei Jahre an Frankreich abzuliefern. Die Vertreter Deutschlands haben den Franzosen und der Reparationskommission ein Gesuch unterbreitet, die Lieferung dieser Menge herab zu mindern. Trotzdem hat die Reparationskommission diktiert, daß Deutschland insgesamt 105 000 Tonnen (35 000 Tonnen jährlich) im Zeitraum von 3 Jahren zu liefern hat. Eine Verlängerung der Lieferungsfrist ist abgelehnt worden. Am 1. Februar wird mit der Lieferung begonnen werden. Die 35 000 Tonnen bekommt Deutschland nicht in bar bezahlt, vielmehr wird ihm das Entgelt auf das Reparationskonto gutgeschrieben. Den deutschen Benzolverkäufern wird das Reich das Benzol in bar bezahlt. Für die 35 000 Tonnen Benzol müssen die gleiche Menge Benzin eingeführt werden. Diese 35 000 Tonnen Benzin müssen in bar bezahlt werden und kosten zurzeit etwa 250 000 Mark, frei deutsche Häfen.

Unter der Fremdherrschaft.

c. Koblenz, 31. Jan. (Pr.-Tel.) Wie verlautet, steht ein Erlaß der interalliierten Rheinlandskommission bevor, wonach besondere turnerische Übungen, die geeignet sind, als Vorbereitungen für eine militärische Ausbildung von Mannschaften zu dienen, nicht nur in der Polz, sondern im ganzen besetzten rheinischen Gebiet verboten sind.

c. Koblenz, 31. Januar. (Pr.-Tel.) Havas meldet, die Aufmerksamkeit der interalliierten Rheinlandskommission ist auf die Haltung des Professors Drexler in Trier gelenkt worden, der die Schuljugend gegen die Belagerungstruppen und gegen Frankreich aufhebe. Die Kommission hat den Reichskommissar aufgefordert, die Angelegenheit zu untersuchen und die Haltung des Professors zu tadeln. Ein ähnlicher Schritt wurde gegen den Präsidenten der Trierer Turnvereine, Dr. Schuch, unternommen.

Waffenablieferung in Italien.

c. Basel, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Die Turiner Stampa meldet: Anlässlich der politischen Zwischenfälle in Florenz und Bologna haben die Präfekten eine erneute Aufforderung an die Ablieferung aller im Privatbesitz befindlichen Waffen ergeben lassen. Jedes Tragen, Verbergen sowie Gebrauchen von Heereswaffen, Sprengstoffen und Bomben ist verboten. Zuwiderhandlungen werden streng geahndet.

c. Straßburg, 31. Jan. (Priv.-Tel.) In Straßburger Mätern ergab eine Aufforderung der Militärbehörde an die jungen Rekruten sich zum freiwilligen Dienst bei einem Kolonialtruppenteil zu machen. Gegenwärtig sind in 24 französischen Garnisonstädten Kolonialtruppenteile untergebracht.

Der städtische Voranschlag für 1920.

Den Mitgliedern des Bürgerausschusses ist in den letzten Tagen der städtische Voranschlag für 1920 zugestellt worden. Man darf sagen: endlich, denn die Beratung sollte bereits im vergangenen Sommer erfolgen, hat sich aber von Monat zu Monat dadurch verzögert, daß das Reich mit der Belanngabe der Summe im Rückstand blieb, die der Stadt Mannheim aus der Reichseinkommensteuer zugewiesen wird. Auf diesem Millionenbetrage müssen sich künftig die städtischen Finanzen aufbauen. Die Beratung der Voranschläge über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen für 1920 wird, wie wir hören, Ende Februar, spätestens Anfang März erfolgen und jedenfalls wieder mehrere Tage in Anspruch nehmen, da mit einer Generaldebatte und einer voraussichtlich recht eingehenden Spezialaufsicht gerechnet werden muß. In der Ausfertigung des Voranschlags hat man den im Vorjahre geäußerten Wünschen entsprochen. 478 Seiten in Follioformat waren zur Unterbringung der eingehend erläuterten Einnahme- und Ausgabeblätter notwendig. Von dem üblichen Vorbericht ist diesmal abgesehen worden. Man darf insbesondere damit rechnen, daß der Oberbürgermeister die Beratungen mit einer ausführlichen Eisdrede eröffnen wird, aus der die enormen Schwierigkeiten herauszufließen werden, die sich der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben diesmal entgegenstellen.

Mit 159 Millionen Mark schließt der Voranschlag ab, eine auf den ersten Blick ganz ungeheure Summe, wenn man berücksichtigt, daß die Einnahme im Vorjahre 61.606.693 M. betrug, das Mehrerfordernis infolgedessen sich auf 81.553.400 M. beläuft. Diese Riesenzahlen schmelzen allerdings beträchtlich zusammen, wenn man sich vergegenwärtigt, was die Geldentwertung aus unserer früher so soliden und faustfräftigen Mark gemacht hat. Das Rückgrat der städtischen Finanzen bilden mehr denn je die Umlagen, die mit der gewöhnlichen Summe von 104.470.082 M. (mehr gegen 1919: 58.365.661 M.) in den Voranschlag eingestellt sind. Der Bürgerausschuss hat sich bekanntlich dazu entschließen müssen, das Pflanzengeld und Betriebsvermögen mit dem zulässigen Höchstfuß von 1,62 M. auf 100 M. Steuerwert zu belassen. Daraus ergeben sich aus 897.462.400 M. (1919: 893.237.730 M.) Steuerwert des Pflanzengeldvermögens 14.538.891 M. (mehr 9.604.731 M.) und aus 1.258.578.000 Mark (1919: 1.188.747.700 M.) Steuerwert des Betriebsvermögens 20.368.971 M. (mehr 14.088.608 M.). Das Reich überweist aus der Einkommensteuer 60.620.220 M. (mehr 27.050.322 M.). Für das Rechnungsjahr 1920/21 ist der Stadt Mannheim die Einnahme aus den durch die Einkommen-, Pflanzengeld- und Kapitalertragsteuer ersten Gemeindesteuern in der bisherigen Höhe, d. h. nach dem Aufkommen des Steuerjahres 1919 zugunlich einer Steigerung von 25 % gewährt. Das Veranlagungssoll der Mannheimer Gemeindeumlage aus Einkommen und Kapitalvermögen in diesem Zeitraum ist mit 51.928.923 M. berechnet. Der 25 %ige Steigerungssatz beträgt 12.982.231 M., die Gesamteinkommensumme sonach 64.911.154 M. Wahrscheinlich ist jedoch das Aufkommen. Daher werden nach dem auch von der Landessteuerverwaltung angenommenen Satz ungefähr 3 % infolge der Beitreibungsausfälle, von Nachlässen aus Billigkeitsgründen und dergl. nicht angerechnet, so daß der vorstehende Betrag auf 62.963.820 M. zu kürzen ist. Außerdem wird der Betrag von 2.343.600 M. in Anrechnung gebracht, der sich aus der 4 1/2 %igen Verzinsung von 52.080.238,63 M. ergibt, welche für Familienunterstützungen und Kriegsmobilisationspflege aufgewendet wurden. Baden hat die Ersparnisse von Reich übernommen, wobei von der vorbehaltenen Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, die Verpflichtung zur allmählichen Rückzahlung der Summe dadurch zu erfüllen, daß die Umlagen mit 4 1/2 % verzinst und mit jährlich 1 % zuzüglich der erparten Zinsen getilgt werden. Nach diesen Abzügen verbleiben hiernach aus der Reichsüberweisung 60.620.220 M. In Einnahmen durch Umlagenanträge sind ferner 4.422.000 M. (mehr 2.922.000 M.) eingestellt. Davon entfallen auf Einkommen und Kapitalvermögen 3.605.000 M., auf Pflanzengeld- und Betriebsvermögen 617.000 M. Mit den noch zu erwartenden Nachträgen hofft man die Abgänge decken zu können. Anträge hierfür sind deshalb weder in Einnahme noch in Ausgabe vorgesehen. Die Besteuerung der reichssteuerfrei belassenen Einkommenssteile soll 4,5 Mill. M. erbringen. Es ergibt sich sonach ein Umlagegehalt von 104.470.082 M. Hieron sind 2.176.000 M. (weniger 4.352.000 M.) abzuziehen, von denen allein 1.770.000 M. (weniger 4.630.000 M.) auf Umlageabgänge und Rückvergütungen des Steuerkommissars entfallen, während die Steuerkommission für die Umlage der Umlagenanträge etc. 106.000 Mark erhalten.

Zur Belanngabe des Voranschlags haben ferner nicht unwesentlich die zufälligen Einnahmen und Ausgaben beigetragen. Man findet in dieser Position folgende anschaulichen Beträge: 4.532.000 M. aus der Erhöhung von Gebühren und Tarifen, 10 Mill. Mark außerordentliche Einnahmen des Gas- und Elektrizitätswertes, 1.793.000 M. (mehr 862.426 M.) durch Kürzung der Abschreibungen und 9.080.613 M. Einsparungen von Ausgaben, die in einzelnen Teilvoranschlägen vorgesehen sind. Zur Erläuterung dieser zufälligen Einnahmen ist folgendes zu bemerken: Aus der Aufsehung der Schulgelder an den höheren Lehranstalten kann eine Mehreinnahme von 150.000 M. erwartet werden. Hierzu kommen 2 Mill. Mark aus der Erhöhung des Straßengeldtarifs. Außerdem sind 1,6 Mill. Mark eingestellt aus der Erhöhung der Tarife des Elektrizitätswertes, 500.000 M. aus der Erhöhung der Kanalgebühren und 232.000 M. aus der Erhöhung der Müllabfuhrgebühren. Seit der Aufstellung der Voranschläge des Gas- und Elektrizitätswertes nach den Ergebnissen in der Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juli 1919 haben beim Gaswerk die Rost- und Leertpreise eine erhebliche Steigerung erfahren. Beim Elektrizitätswert ist die Stromerzeugung gestiegen. Diese unerwartete Mehreinnahme erbringt eine Verbesserung des Haushaltsplans um rund 10 Mill. Mark, wonach aus dem Gaswert 4,2 Mill. Mark und

auf das Elektrizitätswert 5,8 Mill. Mark entfallen. Seit 1914 ist es zur Vermeidung allzu hoher Umlagen nötig gewesen, die in den einzelnen Teil- und Nebenvoranschlägen vorgesehenen Zuneufungen an den Erneuerungsfonds nicht in voller Höhe zu verwirklichen, vielmehr einen erheblichen Teil als besondere Einnahme der Wirtschaft zuzuführen. Auch für 1920 ist zur Abgleichung des Voranschlags diese Maßnahme erforderlich. Die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre haben jedoch gestattet, von der Kürzung der Abschreibungen abgesehen, so daß die Zuführungen an den Erneuerungsfonds doch in voller Höhe verwirklicht werden konnten. Der Gesamtbetrag der 1920 bei den verschiedenen Unternehmungen vorgesehenen Abschreibungen ist 1.961.530 M. Es sind sonach in den Voranschlag rund 91 Proz. der Abschreibungen eingestellt, die jedoch nur insoweit zu verwenden sind, als sonst die Haushaltsrechnung mit einem Ausfall abschließen würde. Die zufälligen Einnahmen betragen insgesamt 25.533.892 M. (mehr 24.489.318 M.), denen allerdings 18.649.974 M. (mehr 11.275.879 M.) Ausgaben gegenüberstehen. Hieron entfallen 10.915.400 M. auf die Neuordnung der Gehälter und Löhne aufgrund der Besoldungsordnung und der Neuordnung des Lohnabkommens mit den städtischen Arbeitern vom 10. September 1920, 1.315.000 M. auf die Erhöhung der Rinderunterstützungen von 50 Proz. auf 150 Proz. für Beamte, Angestellte und Arbeiter ab 1. 10. 20 und 3,7 Mill. Mark auf die Neuordnung der Beine von städtischen Beamten (Kürschsch), 523.000 M. (weniger 7.538.895 M.) auf neuerrichtete Gemeindefunktionen, 402.000 M. auf Polizeibehörden, an verheiratete städtische Arbeiter und Kinder für Oktober/Dezember 1920, 725.000 Mark auf Lohnerhöhungen und 700.000 M. auf die Erhöhung der Rinderunterstützungen der Schüler und Hausmeister. Auf mehrere Einzelheiten des Voranschlags werden wir noch zurückkommen.

Wirtschaftliche Fragen.

Eine Mannheimer Eisenbahnerversammlung.

Die Ortsgruppen Mannheims der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellten hielten, so wird uns geschrieben, am 24. Januar im vollbesetzten großen Saal des Ballhauses eine Bezirksversammlung ab. Den Vorsitz führte der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Mannheim, W. Hüls. Auf Anordnung des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft in Berlin referierten zwei ihrer Mitglieder, die Herren Eppingen und Thurgau, nebenbei auch Mitglieder des Sachverständigenausschusses, über die Verhandlungen mit der Regierung um Erhöhung des Leverageaufschlages.

Herr Eppingen, der als erster zu Worte kam, teilte diese Aktion in drei Teile ein: 1. Vorgehen der gesamten Beamten- und Angestellten. 2. Allgemeine der Eisenbahner. 3. Einzelhandlung. Nachdem die Regierung die große Not der Beamten anerkannt hatte, trotzdem sie wußte, daß Beamte bis in die Anfangsstufen der Gruppe VII unter dem Existenzminimum einfielen, hatte man für sie kein Geld übrig. Die Regierung sich selbst dazu bei, die Kinderzulagen zu erhöhen. Mit dieser Regelung konnte die deutsche Beamtenchaft nicht befriedigt sein. Die Verhandlungen mit der Regierung führten schließlich zu dem mehrfach mitgeteilten Ergebnis. Die Regierung hielten die Gewerkschaften für sozial und konnten sie daher nicht anerkennen. Sie verlangten eine Staffelung der Zulagen in der Form, daß die Beamten der niederen Gruppen, also die schlechter bezahlten, einen höheren Zuschlag erhalten sollten, als die der höheren Gruppen. Hier kamen die Verhandlungen auf den toten Punkt, denn weder die Gewerkschaften noch die Regierung wollten von ihrem Standpunkt abweichen. In diesem Stadium griffen die Fachorganisationen (die Spitzen der Gewerkschaftsvereine und Bünde) ein und übernahmen die Vermittlung. Die Gewerkschaften unterwarfen sich dem Schiedsspruch, nachdem die Regierung Erhöhung der Zulagen in der Klasse B auf 87 Prozent, C auf 85 Proz. und in D auf 60 Proz. zugesagt und erklärt hatte, die Entlassung der Drie alsbald zu revidieren.

Der zweite Referent, Herr Thurgau, ergänzte die Ausführungen des Herrn Eppingen. Die Regierung habe den Standpunkt vertreten und es für sozial gehalten, daß sie die Mittel dahin ausschütete, wo die Not am größten sei, das trifft insbesondere die Großstädte und Industriezentren (Kreise A und B). Selbst der frühere sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, der jetzige Ministerpräsident Dr. H. Fischer, sagte, daß die Not der oberen Beamten schichten so groß sei, daß er nicht ansehe, die Maßnahmen der Regierung für sozial anzuerkennen. An den Beamtenräten werden die Gewerkschaften festhalten.

Nach diesem Referat kamen unter anderem die Herren Schumacher (D. E. B.), Bühler (R. G.), Rauber (D. E. B.) und Schäfer (D. E. B.) zu Worte. Sämtliche Referenten und Redner waren der Ansicht, daß nur in der Einigkeit der Gewerkschaften der Erfolg liege. Alle übten scharfe Kritik an dem Verhalten des Reichsfinanzministers Dr. Birk. Das Schlusswort erhielt der zweite Referent, nachdem zuvor der Versammlungsleiter einige Feststellungen zu den Ausführungen der verschiedenen Redner gemacht hatte. Trotz dem Willen der verschiedenen Gewerkschaften zugehen worden, trotz scharfer Polemik und Kritik verließ die Versammlung sachlich und ruhig.

Die Brotkrone.

Berlin, 29. Jan. (H. B.) Entgegen einer in später Abendstunde von einer hiesigen Telegrammagentur verbreiteten Meldung, daß Reichsregierungsmittler Hermes in der heutigen Reichstags-Sitzung erklärt habe, daß vom 15. Februar an die Brotkrone um 200 Gr. erhöht werde, und daß dieser Stand bis zum Ende des Wirtschaftsjahres durchgeführt werden soll, erfahren wir von ausländischer Stelle, daß der Minister tatsächlich nur gesagt hat, daß die Brotkrone in dem bisherigen Umfang voraussichtlich bis Ende des gegenwärtigen

gen Wirtschaftsjahres gesichert sei und daß vom 15. Februar an die Brotkrone um 200 Gr. erhöht wird. Diese Mitteilung war es auch, die den lebhaften Beifall des Reichstages hervorgerufen habe.

Städtische Nachrichten.

Die Frauen und die Sittlichkeitsfrage.

Wie bereits anlässlich der Besprechung über den Vortrag „Die städtische Not“ mitgeteilt, veranstaltete der Mannheimer Vereinsverband am Samstag eine auch von auswärtig städt. beehrte Konferenz zur Sittlichkeitsfrage. Die beehrte Tagung sah Frauen aller Richtungen unter den Teilnehmerinnen. Kein Wort führte die aus innerer Not geborene Solidarität der Frauen hinsichtlich ihrer Stellung zu dem behandelten Thema, die Ausführungen vermieden jede unnötige Heftigkeit und hielten von Anfang bis Schluss ein vorbildliches Niveau.

Den einleitenden Vortrag hielt als einziger männlicher Gast Privatdozent Dr. Dreier-Heidelberg. Er sprach von der ungelösten Begriffsverwirrung auf dem Gebiete sexueller Fragen und der dadurch verursachten Schädigung der Allgemeinheit durch die Entartung des Sexuallebens. Aus der Zunahme der Geschlechtskrankheiten sprach die Auflockerung des Verantwortlichkeitsgefühls und die Bedeutung nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Beeinflussung der Bevölkerungspolitik. Wir seien der Erfahrung der Prostitution ferner denn je. Ein Hauptgrund unserer städtischen Not sei die Industrialisierung mit den daraus resultierenden Verhältnissen in unseren Großstädten, die das Familienleben zerfallen lassen. In den armen Schichten habe die Kausalität zur Schamlosigkeit und Verantwortungslosigkeit geführt, in den oberen der gehäufte Luxus. Das Abstandsgefühl von Mensch zu Mensch sei durch diese Verhältnisse — Rot im einen, Uebermaß im andern Falle — verloren gegangen, aber auch das Abstandsgefühl zum eigenen Körper. Als weitere Ursache der städtischen Not sei die mangelhafte ökonomische Bewertung der Zeit anzusehen, die jetzt übliche nervöse Hast gewähre keine genügende Pflege des Körpers und Geistes und verführe die ersonnenen Beziehungen. Der Hunger nach Glück verbräute bei vielen Menschen zu viel Willenskräfte. Nur wenn wir uns statt mit den Symptomen mit den Ursachen der Sexualnot befassen würden, könnten wir einen Standpunkt dafür finden für die Reformvorläge zur Sittlichkeitsfrage. Bekämpfen müßten wir die tiefliegenden Ursachen der städtischen Verwilderung, die letzten Endes im Menschenleben mehr mehr festsitzend bedingt seien, als unsere allzumaterialistische Zeit es zugeben wolle. Die Behandlung der Willenskräfte gebe wohl einen Schlüssel zur Lösung der Frage.

Im zweiten Vortrag behandelte Frau Paula Müller-Ottfried, M. d. R., Hannover die „Prostitution und Reglementierung“. Der Staat habe geglaubt, mit der Reglementierung der Prostitution die schlimmsten Schäden einzudämmen und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Diese Absicht sei nicht erreicht worden, die Zunahme der Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen seien bekannt. Kummerlich erlaube sich die freie Prostitution nicht, aber schätzungsweise geben sich ihr 10 bis 20 mal so viele Personen hin als der reglementierten. Der § 361, 6 des R. St. G. B. (gewerksmäßige Unzucht) bedinge eine Vermittlung des Rechtsbegriffes. Das staatlich anerkannte, polizeilich ausgeübte System der Reglementierung habe für den jungen Mann die Wirkung, daß er glaube, das „Recht“ zu haben, die Prostitution zu betreiben. In diesem Zusammenhang wies die Rednerin nochmals darauf hin, daß die ärztliche Wissenschaft die Theorie von den „notwendigen Uebeln“ fallen gelassen hat und daß nach dem Auspruch eines bekannten Arztes ein „Mann von Ehre und Selbstachtung“ die Prostitution nicht nötig hat. Aber auch bei den Mädchen habe der § 361, 6 eine Vermittlung des Rechtsbegriffes gebracht, es sei kaum in sie hineinzubringen, daß das polizeilich Erlaubte nicht identisch zu sein brauche mit einem sittlichen Recht. Der Reglementierung habe das Unlogische an, denn sie treffe nur die armen Mädchen, nicht aber die reiche Dirne. Man könne ruhig sagen, daß wir vor dem Bankrott des Reglementierungssystems stünden. Selbstverständlich sei es nicht leicht, eine Form zu finden, die allen Ansprüchen genüge. Die Reglementierung hänge auf engste zusammen mit dem Mädchenhandel und ihn zu unterbinden, sei ohne gleichzeitigen Kampf gegen die Reglementierung und Kolerierung nicht möglich.

Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders, M. d. R.-Berlin, befaßte sich in einem geistvollen, temperamentvollen Referat mit „Vorläge zur Gesetzgebung“. Zunächst unterzog sie die geltenden Vorläge des bevölkerungspolitischen Ausschusses der Preussischen Landesversammlung einer Betrachtung. Der § 361, 6 R. St. G. B. trage einen Widerspruch in sich. Ein Verstoß könne man doch nicht dadurch zum Richtschnur machen, daß man Erlaubnisse ohne Delikt ausüben erlaube. Mit dem Begriff der „gewerksmäßigen Unzucht“ müsse gebrochen werden. Der Entwurf zu dem Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten setze vor, daß bestraft wird, „wer in sitten- und anstandsverletzender Weise sich anbietet zur Unzucht“. Der Paragraph wendet sich jetzt also auch an die Männer. Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch aber behalte noch wie vor den Begriff der „gewerksmäßigen Unzucht“ bei und drohe dafür Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten für diejenigen an, die die erlassenen Vorschriften nicht befolgen. Der § 251 des R. St. G. B. Entwurf lege es dann in die Hände der Landesregierungen oder der von dieser dazu beauftragten Behörde, die betr. Vorschriften zu erlassen. Das bedeute nicht Besserung der Verhältnisse, sondern noch größere Buntgedigkeit. Man müsse wünschen, daß dieser Paragraph des Entwurfs nicht Gesetz werde. Rot tue eine Erneuerung der Gesinnung des ganzen Volkes, die Wiedererlangung des persönlichen Verantwortlichkeitsgefühls, die Hochachtung des Menschen vor dem Menschen, not tue die städtische Reinheit, die Achtung vor dem eigenen und fremden Körper, vor der eigenen und der fremden Seele. Dringend sei die Abschaffung der Reglementierung zu fordern. An ihre Stelle müßten Pflanzengelder für städtisch gefährdete Frauen und Mädchen treten.

Zwanowna meint, steht ihr schließlich das Gift zu. Anderen glaube an das Unentrinnliche des Verhängnisses. Diesen Glauben (an unheilbare Seelenkrankheit) macht Lucie Höflich, die gewollt Erlebens- Gestaltende, zur Ueberzeugung des Anwesenden. Ihre gemalten Augen, ihre Stimme, die wie aus Fernen klingt, die halbwegs sinnliche Gebärde, das alles ist so eien als persönlich wahr. Ränische Trunkenheit freilich gibt sie sparsam, aber in der bloßen Andeutung ergreifend. Ob hier ein typisches Beispiel, eine allgemeine Gültigkeit sei, danach fragen wir nicht mehr! Was sonst die Darstellung zum Verständnis der russischen Atmosphäre beitrug, war nicht wesentlich. Höchstens ist Paul Bildts einsichtige Zusammenfassung des traurigen Mannes und ihres herben Temperaments, nicht der unvollkommenen Sprechweise wegen, die kleine Margarete Schlegel zu nennen. Es ist lange her, seit die Moskauer in Berlin Tschow spielt! Damals lernten deutsche Schauspiel und Zuschauer an den Wandern der sprachfremden und krummen Spieler die erregende Schönheit der unendlichen Weite verstehen. Hätte, wenn es die Moskauer wollten, auch an dem innerlichen Drama Andrejews kein Zuschauer über Bängen und Breiten gesag! Die Dramaturgie Andrejews ist übrigens besonders. Zu Anfang jeden Akts wirkt er den Diskus weit hinaus, und die Psychologie acht dann Schritt für Schritt die Straße zurück. Mit drei Revolvergeschüssen beginnt das Stück, das in die Stille führt.

Eine bemerkenswerte Uraufführung.

Am 15. Januar d. Js. erlebte Graz ein Theaterereignis, das nicht bloß durch den rauschenden Erfolg des heimischen Publikums, sondern auch wegen des hoffentlich nachhaltigen Sieges der Werke zum erstenmal in dieser Form auf die Bühne gebrachten heimischen Volkskunds in ganz Deutschland beachtet werden sollte. Einerseits erwachte daraus gesteigertes Verständnis für die „eiserne Welt“ an der Südseite des deutschen Sprachgebietes, andererseits konnte auch anderwärts Ähnliches versucht werden. Es handelt sich um das im Grazer Opernhaus erstmals aufgeführte und nun schon mehrfach wiederholte Heimatspiel (in 2 Aufzügen und einem Hochzeitsbild): „Der heimliche Hammer“ von Josef Pappe mit der Musik von Viktor Jod.

Vom Direktor der Grazer Bühnen, Jul. Grodenberg, war vor Jahresfrist der Wunsch ausgesprochen worden, ein richtiges städtisches Heimatspiel mit eingestauten Volksliedern, Sitten und Bräuten, mit gewählter Ausstattung und guten Troupen zu be-

National-Theater Mannheim.

Cavalleria rusticana.

Wir sind in die Zeitläufe der alternierenden Besetzungen eingetreten. Was an Reiz gewonnen, geht im Zusammen spiel verloren. Vergleichen, immer möglich, lassen sich nicht immer vermeiden, und der Halbweiser vergleicht gern das Unvergleichliche. Außerdem: unser heutiges Publikum — mehr Zuschauer als Zuhörer — ist selten in der rechten seelischen Verfassung. So bleiben nur zwei Pole der Neutralität: der Künstler, der nach sachlichen Gründen urteilt, und der aufreichte Opernfreund, der sich ohne jede vorgefasste Meinung seinen Eindrücken hingibt. Wer heute, schier dreißig Jahre nach den deutschen Uraufführungen, Mascagnis Musik zum ersten Male hört, kann sich gewiß an dem Wohlklang der Frühlingschöre, des großen Osterschloßes vor und in der Kirche, wie des anmutigen „Nach Hause“-Chorjahres freuen, die gerade in der vorgetriebenen Aufführung eine besondere, lobende Erwähnung verdienen. Wer aber die ersten Auführungen in Berlin unter Leitung Mascagnis oder die ersten Leipziger Cavalleria-Abende noch in lebhafter Empfindung aufbewahrt, der wird allerdings einen Unterschied bemerken: wir haben das Orchesterbild mit der neuen Technik übermalt und gemildert — ein Verdienst, das wir auch Herrn Fritz Zweig zuerkennen — aber mit Zeitmaß und Ausdruck sind wir allmählich in Ueberschreitungen geraten. Mascagni nahm das Lied des biedersten, etwas schwerfälligen Fuhrmanns nämlich nicht so operntetisch den Duett aus Uffio und Santuzza pathetischer, die Trübsinnige w-niger deutsch-alkoholisch, namentlich aber Turiddu als As-Moll anders. Er begann hier ein wenig ruhiger als seine metronomischen Angaben fordern, hielt sich aber sonst genau an diese. Es ist also immer dasselbe Bild unserer Extreme! Gar zu langsam geriet vorerst in Laas Lied, obwohl Fräulein Bertha Rastin auch hier ihre schöne Stimme, ihre wirklich-stattensche Ausbildung und ihre Darstellungsgebe zu besten Geltung brachte. Sobald die Sängerin des rechten Tempos für die „füßen Elfen“ habhaft wird, dürfte alles in bester Harmonie sein. Auch Frau Bertha Kampert-Croneg ist mit ihrer Santuzza auf dem rechten Wege; der in allen Einzelheiten durchgeführte Darstellung wird die gleichmäßige Durchbildung und Umstellung ihrer großen, vollen und echten Sopranstimme folgen. Gerade gut in der Stimme Partien wie Mascagnis Santuzza sind zu solchen Studien von erwünschter Wirkung. Es folgte wieder Leoncavallo mit seinen Dorskommandanten (Vogelweiser). Da Herr Färbaß demnach die Aulcralle und am

gleichen Abende Mascagnis Turiddu übernehmen soll, so wird über Herrn Pandors Seppo wie über die Grundzüge alternativer Strebungen das Nähere zu sagen sein.

Berliner Theater.

„Jekaterina Iwanowna.“

Das Theater in der Königgrätzerstraße (Direktion Reinhard und Bernauer) brachte die deutsche Uraufführung von Leonid Andrejews Drama „Jekaterina Iwanowna“. Andrejew, einer der tiefstintigsten Poeten des jüngsten Russlands, jählicher, aber fast verzweifelter Freund der Menschen, fand vor zwei Jahren ein ironisches Lebensende. Ihn, der sich aus der Jammernechtheit des Jorenreiches zur reinen, freien Höhe geholt hatte, traf der Tod aus den Wästen, im „befreiten“ Vaterlande. Ein boshameswilliges Luftfahrzeug erschredte ihn tödlich, er starb an Herzschlag. Psychopathologisch, wie die in einem größeren als politischen Sinne nihilistischen Schauspiele „In den Eternen“ und „Schwarze Rasten“, ist das Drama einer medienmässigen Frauenfeste „Jekaterina Iwanowna“, und ganz erfüllt von edel russischer Behmut, Feinheit und Behrlofigkeit. Der Gatte, auch ein Teil jenes Russlands, das einmal jah im Jörn aufwacht und rasch wieder in Leihorgie versinkt, schließt nach der geliebten Frau, die er mit Unrecht beschuldigte. Den Körper trifft die Kugel nicht, aber sie tötet die Seele des Weibes, Jekaterina (steht in die Nacht hinaus, und geht — aus Trost? mit verdorrem Bewußtsein? — wirft sie sich an den schleimigen Gefellen fort, mit dem sie sonder Berdacht verpulvert hatte. Der reizende Gemann holt sie heim. Seine Liebe ist stark genug, das Gefährliche seiner Frau zu überleben. Aber zu schwach ist der Dulder, die Verlorene in ihr Dasein zurückzurufen. Eine Nachtwanderin, eine lebende Leiche, willensunfrei, gleitet Zwanowna in den Sumpf. Nur sie und das, traumhaft, regt sich ein Träumen. In solchem Dämmerzustand geht sie in den Tod. Das psychopathologische Problem ist klar: wie sich, wenn das Gemüt gelähmt ist, das Triebwesen hemmungslos auslebt. ... Doch Andrejew ist Dichter, nicht Professor.

Die Zwischenstufen, die Uebergänge, die Reisel, die Rätsel fesseln und verlocken uns. Vielteufel gefänge, möchte geteilt werden! Einwerfen die Rettung dieser Frau in einen Sanatorium für Geistesranke? Also, die sie mit mehr oder weniger Liebe und Bier umgeben. Und jedenfalls turliche Kertel. Sie wollen schöne Gedanken an dramatischen Debatteklub und behaupten wohl auch, daß der Gatte ein so schlechter Schläger gewesen, oder daß seiner den Rut finde, den Gnadenstich abzuwehren. ... Der es am besten mit

MARCHIVUM

Handel und Industrie.

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtswochen vom 21. bis 27. Januar d. J. weiter verschlechtert. Obwohl die Zahl der zu unterstützenden Erwerbslosen etwas zurückgegangen ist, mußten infolge der allgemein ungünstigen Lage verschiedene Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden, die unfehlbar wieder ein Ansteigen der Erwerbslosen zur Folge haben werden. Durch den Mangel an Neuaufrufen ist in fast allen Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Textilindustrie eine gewisse Stockung eingetreten. Infolge Auflösung des Reichsvereinsamtes in Rastatt mußten dort 160 Angestellte entlassen werden. Von Betriebsbeschränkungen wegen Arbeitsmangels wurden insgesamt etwa 860 Männer und 300 Frauen betroffen. Erwerbslosenunterstützung wurde an 4182 Männer und 153 Frauen mit 335.722 M. ausbezahlt; Kurzarbeiterzulagen erhielten 1038 Männer und 166 Frauen mit zusammen 69.695 M.

Klein, Schanslin u. Becker A.-G., Frankenthal (Pfalz). Die G.-V. genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 7 Mill. M. durch Ausgabe von 6000 auf den Inhaber lautenden, voll einbezahlenden Stammaktien mit einfachem Stimmrecht und 1000 auf den Inhaber lautenden, mit 25% einbezahlenden Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht. Die Vorzugsaktien werden zum Schutze gegen Überfremdungsgefahr mit langjähriger Sperre der Verwaltung übergeben. Die neuen, vom 1. Januar 1921 ab dividendenberechtigten Aktien sind an ein Konsortium begeben mit der Verpflichtung, die jungen Aktien den alten Aktionären zum vorzugsweisen Bezug zu 118% in der Weise anzubieten, daß auf je sechs alte fünf neue Stammaktien entfallen. Die statutenmäßig aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder, die Herren Kommerzienrat Josef Schayer in Ludwigshafen a. Rh., Fabrikant August Eller in Worms und Gustav Nollstadt, Direktor der Bank für Handel und Industrie in Berlin, wurden wieder- und Bankdirektor Kommerzienrat Dr. Jahr in Mannheim neugewählt. Die zur Ausschüttung kommende Dividende von 7% auf die Vorzugs- und 6% auf die Stammaktien gelangt sofort zur Auszahlung.

Stader Bank A.-G. In einer a.-o. G.-V. der Stader Bank A.-G. wurde gemäß dem Antrag der Verwaltung einstimmig die Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien beschlossen, der als persönlich haftende Gesellschafter Wilhelm Cohn und Legationsrat Frhr. Hartmann von Richthofen beitraten. Gleichzeitig wurde die Aenderung der Firma in „Hamburger Handelsbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien“ sowie die Verlegung des Hauptsitzes nach Hamburg unter Beibehaltung der Zweigniederlassung in Stade beschlossen. Das Kapital wurde zunächst auf 1 Mill. M. erhöht. Die demnächst für die vorgesehene weitere Erhöhung des Kapitals erforderliche G.-V. wird noch im Februar nach Hamburg einberufen.

Bankkonditionen und Kreditbedürfnis. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Produktionskredit hatte am 28. und 29. Januar eine Anzahl von Sachverständigen aus Kreisen der Kreditanstalten eingeladen, um von ihnen eine Reihe von Fragen über die Verhältnisse des Kreditmarktes beantwortet zu erhalten. Die Frage, ob die Banken allen durch die Zeitverhältnisse gebotenen Anforderungen Rechnung getragen hätten, wurde, abgesehen von dem Baubankmarkt, bejaht. Eine Finanznot würde höchstens durch die mittleren und kleineren industriellen Betriebe zugegeben. Die Provisions- und Zinssätze der Banken wurden von einzelnen Sachverständigen als zu hoch betrachtet. Befürwortet wurde die Wiedereinführung des Warenwechsels. Mit dem Gedanken einer Verwendung von Sparkassen-

geldern für Industriekredite konnten sich die Sachverständigen im allgemeinen nicht befassen. Unter besonderen Kautelen könnten Obligationen von den Sparkassen genommen werden. Auch sei gegen die Beleihung industrieller Grundstücke bis zu einem mäßigen Grade (etwa 50%) nichts einzuwenden. Als Mittel gegen die Papier- und Bargeldhamsterei wurde die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses angegeben. Die Einführung der Kleinaktie wurde nicht befürwortet, dagegen hielt man die Bildung von Genossenschaften, auch die Verwandlung von Unternehmungen in Aktiengesellschaften zum Zwecke der leichteren Kapitalbeschaffung für dienlich. Die Frage der Bildung von Fachvereinigungen zur Erlangung von In- und Auslandskrediten wurde nicht genügend beantwortet.

Steuerfragen.

Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung. Nach einer soeben veröffentlichten Verordnung des Reichsfinanzministers ist nach erfolgter öffentlicher Aufforderung eine Kapitalertragsteuererklärung für folgende, in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 fällig gewordene Kapitalerträge abzugeben: Zinsen von Hypotheken und Grundschulden und Renten von Rentenschulden, ferner Zinsen aus vereinnahmten Forderungen, Darlehen usw. (ausgenommen Bank- und Sparkassenzinsen), vererbliche Rentenbezüge, Einkontobeträge von inländischen Wechseln und Anweisungen, einschließlich der Schatzwechsel, sowie alle ausländischen Kapitalerträge, auch aus Wertpapieren. Die Erklärung ist gleichzeitig mit der Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung abzugeben. Besteht eine Erklärungspflicht für letztere Steuern nicht, so wird eine Frist von mindestens drei Wochen vom Landesfinanzamt bestimmt. Die Steuererklärung eines Ehemannes muß das Einkommen seiner Ehefrau mitumfassen, sofern beide Ehegatten steuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben. Für minderjährige Kinder hat der Träger der elterlichen Gewalt auch dann eine selbständige Erklärung abzugeben, wenn ihm die Nutznießung am Kindervermögen zusteht.

Neueste Drahtberichte.

Breslau, 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Hohenlohewerke. Die a.-o. G.-V. beschloß einstimmig die Kapitalerhöhung auf 100 Mill. M. durch Ausgabe von 2 Mill. M. Vorzugsaktien mit dreifachem Stimmrecht unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zum weiteren Ausbau der Koblengruben.

Essen, 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Großer Wagenmanufaktur. Vorgetern fehlten 10.622, gestern 6671 Wagen.

München, 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Aktienbrauerei zum Löwenbräu, München. Die G.-V. genehmigte die Dividende von 14%. In den Aufsichtsrat wurden neugewählt: Kommerzienrat Ritter v. Borchert sowie Kommerzienrat Emil Guckenheimer, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg.

Waren und Märkte.

Nürnberg Hopfenmarkt.

Nürnberg, 29. Jan. (Originalbericht.) Das Geschäft zeigte sich zu Anfang der letzten Woche infolge größerer Bedarfskäufe seitens der heimischen Kundschaft etwas zuversichtlicher und es schien, als ob die Preise sich wieder befestigen wollten. Diese Annahme erwies sich jedoch als unrichtig. Der Exporthandel verhielt sich fast gänzlich interesselos und passiv; nur ein Posten Versandhopfen wurde für belgische Rechnung dem Markt entnommen. Gefragt waren nur beste grüne und Primasorten in der Preislage von 1600—2100 M. Wochenumsatz und Zufuhren hielten sich mit je 300 Ballen auf gleicher Höhe. Bei sehr ruhiger Stimmung notierten zu Wochenschluß: Markt- u. Gebirgshopfen prima 1800—1900 M. mittel 1500—1700 M. Hallertauer einschließlich Siegelgut 1900 bis 2100 M. mittel 1600—1800 M. Spalter Landhopfen prima 1900—2000 M. mittel 1600—1800 M. Württemberger und Tennanger prima 1800—2000 M. mittel 1500—1700 M. Notierungen nur nominell; Preise leicht nachgebend. Die jetzt in Hopfenhandelskreisen vielfach geäußerte Annahme, daß für die nächsten Wochen noch ein weiterer Preisrückgang zu

erwarten ist, wird auch durch die Meldungen von den ausländischen Märkten gestützt. So war die im letzten Berichte gemeldete spekulative Preissteigerung besonders für Alostern Kontraktbieten auf dem Brüsseler Markt nicht von langer Dauer und die Notierungen sind dort schon wieder von 300 auf 225—250 Frs. zurückgegangen. In Saaz werden jetzt trotz der amtlichen Notierungen von 2500—2800 Kronen nur noch 2000 Kronen für 50 kg geboten.

Von den Zuckermärkten.

Berlin, 28. Jan. An dem ruhigen Geschäftsgang der deutschen Märkte hat sich, soweit Rohzucker in Betracht kommt, nicht das geringste geändert, zumal die zusammengeholten Abladungen der Januar-Verteilungsrate auch die Betätigung der beteiligten Kreise verringert haben. Das Verbrauchszucker-Geschäft war in lebhaftem Gange. Ob die Erhöhung der Zuckersteuer noch in diesem Betriebsjahr oder erst von der neuen Ernte ab eintreten wird, kann niemand voraussagen, denn diese Frage hängt mit etwaigen Forderungen der Entente eng zusammen. Das Melasse-Geschäft hat eine weitere Abschwächung erfahren, sodaß selbst ermäßigte Forderungen keine Gegenliebe bei den sehr zurückhaltenden Interessenten gefunden haben. Der Rückgang von Mais und auch Hülsenfrüchten macht sich stark geltend. Trockenschnittzel und Zuckerschnittzel jeder Art weisen Preisrückgänge auf. — Nach den bislang vorliegenden Nachrichten ist der amerikanische Zuckermarkt durch die unbefriedigenden allgemeinen Geschäftsverhältnisse dort nur wenig in Mitleidenschaft gezogen, aber Amerika hat seine Zuckerkrise im Vorjahre gehabt, seine Vorräte sind nicht groß, und Kuba ist mit der Erzeugung und den Abladungen weit hinter dem letzten Jahre zurückgeblieben. Amerikas Bedarf und Kubas Erzeugung stehen in engstem Zusammenhang. New York war zuletzt etwas rückgängig, bis auf 501 c.

Baumwollmarkt.

Bremen, 29. Jan. (Knoop u. Fabarius.) Nach mancherlei Schwankungen schlossen die Märkte am 28. ds. Mts. stetig wie folgt:

Bremen: fully middling g. c. u. st. loko 21 M. das Kilo.
disp. Januar März Mai Juli
Liverpool: — 9.32 d. 9.50 d. 9.66 d. 9.73 d.
New York: 14.75 cs. 14.46 cs. 14.86 cs. 15.20 cs. 15.52 cs.
New Orleans: 14.25 „ 14.20 „ 14.40 „ 14.70 „ 14.90 „

Die Märkte kranken an ausgesprochener Unsicherheit. Sie tasten gewissermaßen nach allen Seiten hin und können keine Klarheit gewinnen. Die Nachfrage hat sich im allgemeinen ein wenig gehoben, aber nicht genügend, um einen starken Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben zu können. Hemmend wirken wieder die heftigen Schwankungen im Dollarkurs, die die allgemeine Unsicherheit nun wieder verschärfen.

Beschränkte Kaffee-Einfuhr. Der Hamburger Kaffee-Einfuhrverein macht darauf aufmerksam, daß Einfuhrbewilligung nicht erteilt wird für Kaffee, der mehr als 9 M. das Pfund Zahlung an das Ausland kostet.

Preisaußerschreiben. Die „Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis“ veröffentlicht in ihrem neuesten Heft ein Preisaußerschreiben. Es werden von der genannten Zeitschrift Preise im Gesamtwert von 5400 M. ausgesetzt zur Erlangung von Arbeiten aus dem Gebiete der Betriebslehre (einschl. Organisation, Kontrolle, arbeitssparenden Methoden, Taylorismus, Sozialisierung, Propaganda), Buchführung (Bilanz, Geschäftsbewertung etc.) und Geldentwertung. Die Themen sind so aktuell und so wichtig für unsere augenblicklichen Verhältnisse, daß dieses Preisaußerschreiben nicht nur in Fachkreisen, sondern bei allen denen, die sich mit den Mitteln zur Erhaltung unserer Volkswirtschaft zu beschäftigen haben, auf größtes Interesse rechnen darf. Zur Teilnahme ist jedermann berechtigt.

Doppeldrücknummer: Dr. Fritz Goldbaum
Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldbaum; für Religion:
H. Wobers; für Völker und den Orient: redaktionseller Inhalt: Nikolaus
Schulze; für Kunst: Dr. A. Reppel; für Agrar: Karl Bögel.
Druck und Verlag: Trudert Dr. Datz, Mannheimer General-Anzeiger
G. m. b. H., Mannheim P. 4. 2



Wegen grossen Andranges bei unserem Inventur-Verkauf mit 20% bis 50% Nachlass

bitten wir die verehrl. Kundschaft ihre Einkäufe möglichst in den Vormittagsstunden vorzunehmen.

E154

Geschwister Fritz Schuhwaren Mannheim G. 2, 8 Marktplatz

Samson & Co.
D 1, 1 am Paradeplatz Verkauf 1. Stock D 1, 1

Es ist bekannt, daß wir auf der Etage Billig verkaufen. Wäsche-Stickereien zu 2 billigen Serien
Serie I 1.95 Mk. Serie II 2.95 Mk.

8 billige Weißwaren-Tage
Nur einige Beispiele aus der Fülle unserer Läger. Ueberzeugen Sie sich, daß wir nur gute Qualitäten Billig verkaufen.

1 großer Posten Feinstädige Hemdentuche 12⁸⁰ M. 1 Posten Bettuch-Stoffe 29⁷⁵ M.
enorm billig Mtr. ca. 160 cm breit, schwere Qualität, extra billig Mtr.
Resposten Bestidde Renlorcé 15⁸⁰ M. 1 Posten Bettkaffene 15⁸⁰ M.
für Bett- und Leibwäsche geeignet Mtr. erstklassiges Fabrikat schöne Muster Mtr.
Sie finden bei uns sehr billig Weißen und roten Bettdamast Weiße Stoffe für Kommunion Billige Kostüm-Stoffe.

Staunen erregende billige Preise bringt unser Sonder-Angebot



Flanell für Hemden u. Blusen in reicher Ausmusterung	Mtr. 14.50, 12.50,	9.75
Handtuchstoff Gerstekorn, ca. 48 cm breit, weiß mit rotem Rand	Mtr.	10.50
Musseline für Kleider und Blusen, herrliche Ausmusterung	Mtr.	13.75
Crettone grosse Posten, schwere Qualität, sidd. Fabrikat	Mtr.	14.50
Croisé weiß geaukt, 60 cm breit, Qualitätsware	Mtr.	15.50
Stuhltuch 160 cm breit für Bettücher, dauerhafte Ware	Mtr.	32.50
Cheviot reine Wolle, nur erstklassige Fabrikate	Mtr. 3.00,	49.50
Kammgarn-Cheviot 165 cm breit, schöne Farben elegante Ware	Mtr.	59.00
Kleider-Seide doppeltbreit, in Messaline und Palette	Mtr.	69.50

Madras-Garnituren
2 Fl.-el.
1 Quer-
behang
169.00

Etamin kariert
150 cm breit
für Gardinen, Bett-
decken etc. Meter
29.75

Schr. neigend!
Boon-ot-ohr-Sessel
wetterfest, in
verschiedenen
Ausführungen
195.00

Erm. billig!
Paddig-ohr-Sessel
schwarz
Wulstentwurf,
dicht
geflochten
295.00

Gobelin-Stoff
reine Ware
150 cm breit
für Bestände etc.
Meter
95.00

Etamin-Garnituren
bedruckt,
2 Fl.-el.,
1 Querbehang
169.00

Nur solange
Vorrat reicht!

S. Wronker & Co. Mannheim

Beachten Sie
unsere Schaufenster

J 1, 3-4 Kaffee Friedrichsbau Kaffeebstr. 3-4
Bestbekannte beliebte Unterhaltungsstätte
Heute Montag Abschieds-Abend
des beliebten Januar-Programms.
**Morgen Dienstag das Fasching-
Lachmuskel-Programm**
Humoristika- u. Komika-Wettstreit mit Heinz Ehrlé, der beste bayr.
Sprechkomiker, Heinz May, der brillante Klavier-Humorist,
Hartmuth der Urkomische u. a. mehr. *8104
Lachen, Lachsalven — Lachen ohne Ende

Rumpelmayer. 0 7. 8.
Im Weinrestaurant:
Täglich ab 6 Uhr das erstklassige
Abendessen — Prima Weine
Im Kabarett: 5248
Abschiedsvorstellung des diesmonatlichen Programms

R. Ichsund-Deutscher Technik
Ortsgruppe Mannheim.
Oeffentlicher Vortrag
mit Lichtbildern von Dr. Ing. A. Ludin
Karlsruhe
Die Elektrizitätswirtschaft Badens
Dienstag, den 1. Februar, 7 1/2 Uhr
Vortragssaal der städt. Kunsthalle.
Nach dem Vortrag Aussprache. 1348
Eintritt für Nichtmitglieder 2 Mk.

Konservat. gebild. Frauen erteilen tüchtigen energ.
Klavier-Unterricht
Koch, Kallinger. Stb. 0. 6. 3. 4. St. rechts (Heidel-
bergerstr.) Zu erfragen von 4—8 Uhr nachmittags.
Neue Maskenkostüme
zu verkaufen oder zu verleihen. *8097
Schneiderei Kuffner-Koebig, S. 6, 18.

National-Theater Mannheim.
Montag, den 31. Januar 1921.
22. Vorstell. in viele. Mittell. A. (für U. Vorstell. A 25)
Im weißen Rößl
Vollspiel in drei Akten von Oscar Blumenthal
und Gustav Kadelburg. Spielleitung: Karl May.
In den Hauptrollen:
Joseph Grete Berger
Johann Bernhard Hoff a. G.
Wieland Wilhelm Egger
Otello Lotte Doerner
Charlotte Julie Sanben
Hingelmann Karl Neumann-Hoditz
Hänschen Gretel Röhr
Giesler Walter Tausch
Gutshamer Gustav Rötze
Anfang 7 Uhr. Kleine Preise. Ende 9 1/2 Uhr.

Prätz. Waren-
Börse
Jeden Mittwoch
10—1 Uhr
Neustadt a. Mdt.
Saalbau. 7

Künstlertheater „Apollo“
Heute letzter Tag des Januarprogramms.
Morgen Dienstag 5278
Das humoristische Februarprogramm
mit Engelbert Sassen, Dario Palmi.
Privat-Tanzschule A 2, 3.
Anfang Februar beginnt der nächste Kursus.
Kursus für nur moderne Tänze
beginnt kommenden Dienstag. 9 Tel. 1388 1538

Otto Ziefendracht
Fernpost **Mannheim 07.5**
Feldbergerstraße neben Kaffee Rumpelmayer

**Moderne
Büro-Einrichtungen**
585

Putz-Lehrkurse!
Wiederbeginn Anfang Februar.
Gründl. Ausbildung für Selbstbedient u. Beruf.
Anmeld. tgl. 11-1 u. 3-4 Uhr (auß. Samstags)
Maria Adam, Beethovenstr. 12 L.

Warnung!
Unterm 28. ds. wurde
uns 1 zweirädriger, ge-
brauchter, unfahrtauglicher
**Hand-
Wagen**
entwendet.
Vor Kauf wird gewarnt.
Metzger & Kerner
G 7, 10. 903

Kind (Knabe)
5 Jahr alt, als Eigen ab-
zugeben, ohne gegenläufige
Bergütung. Angeb. unt.
Q. A. 27 an die Geschäfts-
stelle ds. Blattes. *8038
Schön.eleg. Bajazzo
zu leihen gesucht i. Gr. 1.80
Angeb. unt. M. J. 35 a. d.
Geschäftsstelle. *7297

Verloren.
Sonntag mittags zwischen
3 und 4 Uhr auf dem
Wegs Ende Bay. Tele-
fonstr. bis Hälfte Redar-
brücke. *8102
**silberne
Damenuhr**
mit Goldband u. Alpaca-
Kette verloren. Gegen-
stände. Der ehrliche Fin-
der wird gebeten, dieselbe
gegen gute Belohnung
abzugeben. Max Tele-
fonstr. 31, 3 Zepp, rechts
bei Rellat.

Hirschland- Großer Sonderverkauf

**Wir haben große Lagerposten zu außer-
ordentlich günstigen Preisen erworben.
Damit alle unsere Kunden von dieser
günstigen Gelegenheit profitieren
geben wir nur bestimmte Mengen ab.**

Baumwollwaren

Hemdenflanelle	doppelseitig gereut	Meter	9 ⁹⁵
Hemdenpercal	gute Qualität, reichhaltige Muster-Auswahl	Meter	13 ⁹⁸
Schürzenstoffe	gestreift, 100 cm breit	Meter	19 ⁹⁸
Bettuchmolton	weiß, 150 cm breit	Meter	29 ⁹⁸
Bettuchstoff	weiß, 155 cm breit	Meter	29 ¹⁵
Bettkattun	gute Qualität	Meter	14 ⁹⁸

Damen-Wäsche

Rumpf gestickte Damenhemden	45.—, 30.50,	29 ¹⁵
Damenhemden	in solider Ausführung	39.15, 29 ¹⁵
Beinkleider		39.15, 29 ¹⁵

Viele tausende Meter
Wäsche-Stickereien
in nur bester Qualitäts-Ausführung
Meter 1250 925 590 390 270